Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

246 (20.10.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Duys, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 246 | **Donnerstag, den 20. Oktober 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Eine Verordnung der Reichsregierung zur Ergänzung von sozialen Leistungen beseitigt Härten aus den bisherigen Notverordnungen.

•

Vor dem Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags im Fall Klepper wurde Reichskanzler von Papen über die Frage der Subventionen für Zeitungen vernommen.

•

Der deutsche Botschafter in Paris von Hösch wurde bei seinem Abschiede mit einer Ansprache und einem Geschenk Herriots geehrt.

•

Der sächsische Landtag beschloß, gegen die Pläne der Reichsreform schärfsten Protest einzulegen.

•

In Rumänien wurde ein neues Kabinett von Maniu gebildet. Titulesku wird Außenminister.

*

Reichsarbeitsminister Schäffer sprach am Mittwoch abend im Rundfunk über alle deutschen Sender über die neue Sozialverordnung.

*

Deutschnationale und Nationalsozialisten hielten in der „Neuen Welt" in Berlin unter starkem Andrang von Zuhörern ein Rededuell ab, bei dem die deutschnationalen Abg. Steuer und Schmidt-Hannover, sowie Dr. Goebbels für die N.S.D.A.P. sprachen. Die Veranstaltung nahm, abgesehen von stürmischen Beifalls- bezw. Mißfallenskundgebungen, einen ruhigen Verlauf.

Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen

Berlin, 19 Okt. Die Reichsregierung hat am Mittwoch eine Verordnung erlassen, die Korrekturen der bisherigen sozialen Verordnungen bringt. Die Verordnung sieht an erster Stelle eine **Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter vor.** Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen 1 bis 6 mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung **eine wöchentliche Zulage.** Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 RM.; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 RM. und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 RM. Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. In allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

In der **Krankenversicherung** läßt die neue Verordnung in beschränktem Umfange Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen.

Die neue Verordnung schreibt vor, daß die **Renten für Unfälle,** die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereigneten, nicht mehr gekürzt werden.

Ferner sieht die neue Verordnung **Milderungen hinsichtlich der Kriegsopferrenten** vor. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 blieben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 RM. im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtag festgestellten Renten gelten.

In der **Rentenversicherung** wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der **Angestelltenversicherung** die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die **Invalidenversicherung** wird leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können.

•

Die Kosten der neuen Verordnung

Berlin, 19 Okt. Zu der neuen Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Notverordnung des Reichspräsidenten handelt, sondern um eine Verordnung der Reichsregierung, die auf Grund der in der Notverordnung vom 4. Dezember enthaltenen Ermächtigung erlassen worden ist. Die vorliegende Verordnung enthält eine ganze Reihe von Verbesserungen der sozialen Leistungen, soweit sie nur irgendwie wirtschaftlich tragbar sind. Insgesamt belaufen sich die durch die Notverordnung entstehenden **Kosten für die nächsten fünf Monate auf rund 70 Millionen RM.**

Im einzelnen setzt sich diese Summe zusammen aus den Beträgen, die für eine Erhöhung der **Arbeitslosenunterstützung** im Winter bis zum 1. April nächsten Jahres vorgesehen sind und die man mit monatlich etwa 11 Millionen RM. veranschlagt, also in fünf Monaten etwa 55 Millionen Mark. Darin sind auch die Mehrkosten der neuen **Ortsklasseneinteilung** und die zum Ausgleich der Härten für besondere Fälle der Bemessung von Unterstützungen ausgesetzten Beträge enthalten. Zu diesen 55 Millionen kommen noch rund 4 Millionen hinzu, die als Kosten für die **Verbesserungen der Unfallrenten** ausgesetzt sind und weitere 10 bis 11 Millionen RM. **für die Kriegsbeschädigtenversorgung.**

Klepper-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages

Berlin, 19. Okt. Im Klepper-Untersuchungsausschuß wurde zunächst der Fall „Kölnische Volkszeitung" weiter behandelt und hierzu Generalkonsul Maus-Köln gehört. Dabei kam es zu einem Zwischenfall mit dem Vorsitzenden, als Generalkonsul Maus die Bemerkung machte, daß sich unter den Zeitungen, die Staatshilfe in Anspruch nahmen, auch sozialdemokratische und deutschnationale Zeitungen befunden hätten. Dem Vorsitzenden bestätigt der Zeuge, Generalkonsul Maus, daß er sich nicht nur an Hirtsiefer, sondern auch an andere Stellen gewandt habe, um die noch fehlenden 2 Millionen für das Aktienkapital aufzubringen. Aber eine Generalversammlung, die eine politische Tätigkeit ausüben solle, könne man nicht mit allzu viel Aktionären leiten. Die Rentabilität des Unternehmens sei gesichert gewesen. Wenn jetzt keine Dividende gezahlt werde, so, weil das Anzeigengeschäft wegen der Wirtschaftskrise katastrophal heruntergegangen sei. Die Mindereinnahme aus Anzeigen beziffert Maus für das Jahr auf 800 000 RM. Auf Fragen des Abg. Dr. Muhs (NS.) sagt Generaldirektor Maus, daß als Geldgeber ihm gegenüber nur aufgetreten seien Minister Hirtsiefer, Direktor Lübke und Dr. Heß (der inzwischen verstorbene Führer der preußischen Zentrumsfraktion). Wer tatsächlich der Geldgeber gewesen sei, wisse er auch heute noch nicht.

Zu einer gereizten Auseinandersetzung kommt es, als Abg. Muhs (NS.) immer wieder auf die Frage nach der Rentabilität der „Kölnischen Volkszeitung" zurückkommt. Zeuge Maus sagt, er wolle sich nicht immer wiederholen, aber seit dem 1. August habe das Blatt bereits wieder 9000 Abonnenten gewonnen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie viele Abonnenten die „Kölnische Volkszeitung" denn überhaupt habe, verweigerte der Zeuge die Auskunft.

Dr. **Muhs:** Sie wissen doch, daß man im Volke sagt: Der feine Mann stiehlt nicht, er gründet eine Aktiengesellschaft. (Heiterkeit.)

Maus: Das ist dann ein sehr feiner Mann. (Erneute Heiterkeit.)

Auf weitere Fragen, ob Maus nicht doch gewußt habe, daß die Preußenkasse als Geldgeber fungiert habe, bleibt der Zeuge dabei, daß er nur mit den genannten drei Aktionären, nicht mit der Preußenkasse zu tun hatte. Daß Interessen des Staates dahinter ständen, sei ja ganz selbstverständlich gewesen. Er habe deshalb auch keine Bedenken gehabt, denn als anständiger Mensch pflege er keine Geschäfte zu machen, gegen die er Bedenken habe. Es wird behauptet, so sagt der Zeuge Maus, daß Preußen an einer ganzen Reihe wirtschaftlicher Unternehmen beteiligt ist. Unter diesen Unternehmungen befinden sich auch Zeitungen und ich halte es unter diesen Umständen für richtiger, daß sich der Staat an einer großen Tageszeitung beteiligt statt an einer Ziegelei.

Abg. Dr. **Muhs:** Sie wären also jederzeit bereit, staatliche Subventionen zu nehmen?

Zeuge **Maus:** Ja! Sofern damit nicht eine politische Beeinflussung irgend welcher Art verknüpft ist. Ausländische Gelder würde er nicht genommen haben.

Durch die Frage nach dem Inhalt einer Unterredung zwischen Konsul Maus und Klepper am 20. August 1930 sucht der Vorsitzende festzustellen, ob Maus nicht doch gewußt habe, daß das Geld von der Preußenkasse stammte. Der Zeuge sagt, Hirtsiefer habe ihn an Klepper verwiesen.

Abg. Dr. **Muhs:** Wenn Sie dann noch die Behauptung aufrecht erhalten, Sie hätten nicht gewußt, wer das Geld hergab, dann leisten Sie einen glatten Meineid. (Große Unruhe.)

Zeuge Maus: Wer das Geld gibt, ist mir persönlich ganz gleichgültig. Sie wollen mich zwingen, zu sagen, ich hätte gewußt, daß das Geld von der Preußenkasse kam. Sie können mich aber nicht zwingen, einen Meineid zu leisten.

Auf Fragen des Zentrumsabgeordneten Metzinger bestätigt der Zeuge Maus, daß die „Kölnische Volkszeitung" besonders in Eupen und Malmedy in deutschnationalem Sinne gewirkt habe und daß die Staatsregierung das stets anerkannte.

Abg. **Metzinger:** Geben Sie Geld zu bei dieser Auslandspropaganda?

Zeuge **Maus:** Wenn wir keine Nebenbetriebe hätten, würde die „Kölnische Volkszeitung" niemals rentabel sein, ebenso wenig wie die Frankfurter, die Kölnische Zeitung, die DAZ und andere. Wir haben die wärmste Anerkennung gefunden von Staatsmännern aller Parteien, von Stresemann, Reichskanzler Müller. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Systemstaatsmänner.) Ich weiß nicht, was Ihre Staatsmänner für welche sind. (Heiterkeit.) Erst im Zuge, als ich hierher fuhr, hat mir ein Deutschnationaler Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Hitler allerdings noch nicht. (Heiterkeit und Zurufe bei den Nationalsozialisten: Die werden Sie auch nicht kriegen!)

Dr. **Muhs** (NS.): Können Sie uns Namen von Deutschnationalen nennen, die Ihnen Anerkennungsschreiben geschickt haben?

Zeuge **Maus:** Darauf verweigere ich die Aussage. Es entspinnt sich darauf wegen dieser Verweigerung eine Geschäftsordnungsdebatte. Schließlich wird die Zulässigkeit der Frage in Abwesenheit der Kommunisten mit Stimmengleichheit der Rechten gegen Sozialdemokraten und Zentrum abgelehnt. Eine neue Geschäftsordnungsdebatte ergibt sich, als der Vorsitzende den Zeugen Maus sofort vereidigen will. Das Zentrum macht geltend, daß dieses Verfahren an sich nicht üblich sei, weil in allen Untersuchungsausschüssen die Zeugenvereidigung erst am Schluß erfolge. Schließlich meint Abg. Muhs (NS.), er habe gleichfalls Bedenken gegen die Vereidigung des Zeugen Maus, weil verschiedene seiner Aussagen offenbar unrichtig seien, so daß der Ausschuß sich unter Umständen einer Mittäterschaft beim Meineid schuldig machen könnte.

Reichskanzler Papen vor dem Untersuchungsausschuß

In der Nachmittagssitzung wurde Reichskanzler von Papen vernommen. Der Reichskanzler hatte noch einige Minuten zu warten, ehe er aufgerufen werden konnte, weil vorher die Zeugenvernehmung des Direktors Aron von der Preußenkasse in Gang gekommen war. Die Vernehmung wurde unterbrochen. Der Ausschußvorsitzende sagte dem Reichskanzler, man wolle von ihm Auskunft über die Frage haben, **ob nach seinem Wissen mit indirekten Mitteln der Preußenkasse Germaniaaktien aufgekauft worden seien durch die Görreshaus AG.** Minister Hirtsiefer habe gesagt, daß man Aktien der Berliner „Germania" aufkaufen wollte, um den Einfluß des Herrn von Papen auszuschalten.

Reichskanzler von Papen: Mir ist lediglich bekannt, daß zu jener Zeit ein gewisses Aktienpaket, das wohl im Besitz des früheren Ministerialdirektors Spiecker war, verkauft wurde. Dieses Paket ist zum Teil in die Hände der Görreshausgesellschaft gelangt. Mit welchen Mitteln, war mir seinerzeit unbekannt. Das habe ich erst durch die Nachprüfung bei der Preußenkasse erfahren.

Abg. **Rau** (Komm.): Gestern wurde von Minister Klepper gesagt, daß es sich beim Abschluß des Geschäftes mit der Görreshaus AG. um eine Art Gewohnheitsrecht handelte, daß also der Staat sich an mehreren Zeitungen schon beteiligt habe. Es wäre interessant, von Ihnen, Herr Reichskommissar (Heiterkeit), zu erfahren, ob die Praxis der Beteiligung des Staates an Zeitungen auch unter Ihrer Herrschaft weiter fortgeführt wurde. Ist Ihnen insbesondere bekannt, ob das Reichswehrministerium an der Täglichen Rundschau beteiligt ist, oder ob dorthin Mittel des Reichswehrministeriums fließen?

Reichskanzler von Papen: Herr Vorsitzender, ich habe folgendes zu erklären: Außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln sind seitens der Reichsregierung, seitdem ich an der Spitze der Reichsregierung stehe, **für Zwecke der Presseeinflussung in irgend einer Form keinerlei Mittel aufgewandt worden.** Was die Unterstützung oder Beteiligung des Reichswehrministeriums an der Täglichen Rundschau betrifft, so ist mir das nur aus der Presse bekannt, und ich bezweifle, daß irgendwelche Mittel des Reichswehrministeriums hier verwandt worden sind.

Abg. **Rau** (Komm.) beantragt darauf die Vernehmung des Reichswehrministers.

Auf die Frage des Abg. **Szillat** (Soz.), ob er persönlicher Besitzer von Germania-Aktien oder nur Treuhänder sei, erwidert der Kanzler, er sei persönlicher Besitzer. Nach seiner Kenntnis gebe es nur zwei Dispositionsfonds, aus denen Mittel für die Presse überhaupt gegeben werden könnten, nämlich die Dispositionsfonds des Reichskanzlers und der Presseabteilung in Höhe von zusammen 200 000 RM.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. **Muhs** fragte dann unter Hinweis auf die Aussagen des Ministers Hirtsiefer, welches die Gründe gewesen seien, die zu dem Widerspruch Papens mit der offiziellen Zentrumspolitik führten. Der **Reichskanzler** erwidert, er habe seinerzeit das Aktienpaket gekauft, um in dieser Zeitung einen konservativen Einschlag zum Ausdruck zu bringen, für den er auch innerhalb der Zentrumspartei stets gearbeitet habe. Damit war die Vernehmung des Reichskanzlers beendet.

An den Staatssekretär in der Reichskanzlei **Planck,** der dann als Zeuge aufgerufen wird, richtet der Vorsitzende die gleiche Frage wie an den Reichskanzler. Der Staatssekretär antwortet in demselben Sinne wie der Reichskanzler.

280 Millionen RM. für Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn

Berlin, 19 Okt. Die Reichsbahn hat nunmehr die Verhandlungen über die **Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms von 280 Millionen RM. beendigt.** Dieses Programm beruht darauf, daß der Reichsbahn rund 180 Millionen RM. Steuergutscheine aus der Beförderungssteuer zur Verfügung stehen und daß für weitere 100 Millionen RM. ihr eigener Kredit angespannt werden soll. Bei der Finanzierung ist davon ausgegangen, daß die Steuergutscheine nicht an die Börse gebracht werden sollen. Dieses Vorgehen erscheint aus marktpolitischen Gründen erwünscht. Vor allem wird aber dadurch gewährleistet, daß die volle Summe auch wirklich der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden kann. Die Zwischenzeit bis zur Fälligkeit der Steuergutscheine wird überbrückt werden mit Hilfe der am 8. Oktober 1932 neu errichteten Reichsbahnbeschaffungs G.m.b.H. (RBG.). Diese wurde von der Deutschen Verkehrskreditbank mit einem Kapital von 10 Millionen RM. gegründet, auf das sofort 25 Prozent eingezahlt wurden. Bei Fälligkeit von Zahlungen werden die Lieferer und Unternehmer Wechsel auf die RBG. ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Verkehrskreditbank sofort diskontiert werden, so daß dem Unternehmer oder Lieferer alsbald der Rechnungsbetrag ausgezahlt wird. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn bis zum Betrage von 180 Millionen RM. ist die Oeffentlichkeit bereits unterrichtet. Der darüber hinausgehende Betrag ist in erster Linie zum Einbau der aus früheren und noch laufenden Bestellungen herrührenden Oberbau- und sonstigen Stoffe bestimmt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Gleichberechtigung in der Luftfahrt!

H.D. Auf keinem anderen Gebiet zeigt sich deutlicher als bei der Luftfahrt, von welch lebenswichtiger, schicksalsschwerer Bedeutung der Erfolg des Ringens um wehrpolitische Gleichberechtigung für alle Schichten des deutschen Volkes ist. An keinem anderen Beispiel kann zwingender bewiesen werden, wie notwendig es ist, daß unser Volk in diesem Kampf, mag er auch noch so langwierig sein, einig und geschlossen bleibt. In einigen Teilen des Auslandes hat man diesem deutschen Gleichberechtigungsanspruch immer mit einem Aufrüstungsanspruch Deutschlands gleichgestellt. Es kann deshalb nicht eindringlich genug zum Bewußtsein gebracht werden, daß Deutschland bisher noch niemals eine Aufrüstung verlangt hat. Deutschland wollte seine Gleichberechtigung derart verwirklicht sehen, daß alle Mächte bei der Abrüstungskonferenz dieselben Methoden übernehmen, die in den sogenannten Friedensverträgen von 1919 den besiegten Völkern als Auftakt zu einer allgemeinen Weltabrüstung auferlegt waren. Zu einer solchen Forderung war Deutschland berechtigt auf Grund des Wortlautes und des Sinnes der Einleitung zu dem Entwaffnungsteil des Versailler Vertrages.

Was hiernach auf dem Gebiete der Luftfahrt geschehen müßte, um die Gleichberechtigung Deutschlands zum Ausdruck zu bringen, ist sehr klar. Es ist bei der Luftfahrt vielleicht eindeutiger als bei der Land- und Seerüstung, weil kein Gebiet im Versailler Vertrag so radikal behandelt worden ist wie die Luftfahrt. Der Artikel 198 des Versailler Diktats verbietet nämlich schlechthin den Besitz jeglicher Luftstreitkräfte als Teil des deutschen Heerwesens. Bei ehrlicher Anerkennung des Gleichberechtigungsprinzips für alle Völkerbundsstaaten müßten also alle Staaten auch ihre gesamte militärische Luftfahrt abschaffen und zwar durch Zerstörung abschaffen, nicht etwa nur durch Internationalisierung. Zerstört werden müssen also alle Bomben-, Jagd-, Aufklärungs-, Torpedo-, Schul- usw. Flugzeuge. Ebenso müßten natürlich auch die Fesselballone und die Abwehrmittel von der Erde, die Deutschland auch verboten sind, wie z. B. die beweglichen Fliegerabwehrkanonen und dergl. überflüssig werden. Gerade in dem Verbot dieser Luftabwehrmittel von der Erde liegt einer der größten Zynismen des Versailler Vertrages. Man verbietet einem Volk die Luftwaffe, in der übrigen Welt behält man diese aber bei, ja man bildet sogar die hauptsächlichsten Angriffswaffen, die Bombengeschwader, zu ungeheuren Stärken aus; und man verbietet dem abgerüsteten Volke sogar die armselige Abwehr von der Erde! Man will also ganz bewußt einen Zustand haben, in dem man ohne eigene Lebensgefahr das abgerüstete Volk in Schutt und Asche bombardieren kann.

Wie sieht gegenüber dieser deutschen Abrüstungsforderung nun das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen in Genf aus? Es muß zunächst vorausgeschickt werden, daß man sich überhaupt nicht mit der Frage der Abschaffung der gesamten Luftwaffe beschäftigt hat, sondern daß man für die zu fassenden Entschließungen nur die eigentlichen Angriffswaffen unter die Lupe nahm. Und nun stellte sich heraus, daß eine überwältigende Mehrheit der Konferenz auf dem Standpunkt stand, daß dieselben Waffen, die man Deutschland verboten hatte, von den anderen Staaten hauptsächlich als unentbehrliche Verteidigungswaffen angesehen wurden. Nur ganz wenige Staaten traten bei der einzigen Abstimmung, die es über die Frage herbeizuführen gelang, der wohl selbstverständlichen deutschen Auffassung bei, daß für ein Land ohne iede militärische Luftfahrt und ohne iede Abwehrmöglichkeit von der Erde die gesamte militärische Luftfahrt der anderen Mächte einen höchst bedrohlichen Angriffscharakter habe. Zur Ablenkung vom Kern der Dinge erfand man dann sogar ein neues Problem: die Internationalisierung der zivilen Luftfahrt. Hier ließ sich gut diskutieren, ohne Gefahr zu laufen, seine eigenen machtvollen Bombengeschwader preisgeben zu müssen — ein groteskes Schauspiel, eine Komödie, wenn nicht die Dinge, um die es geht, so bitter ernst wären.

Um den Konferenzort

Paris, 19. Okt. Die französisch-englischen Unterhaltungen über die Viermächte-Konferenz werden fortgesetzt. Ministerpräsident Herriot wurde am Dienstag vom englischen Botschafter Lord Tyrell über den neuesten Stand der deutsch-englischen Verhandlungen wegen des Konferenzortes unterrichtet. In Paris sagt man, daß der englische Ministerpräsident Macdonald nunmehr wahrscheinlich Lausanne vorschlagen und daß Herriot sich nicht mehr dagegen sträuben werde, wenn Polen, Belgien und die Tschechoslowakei grundsätzlich zur Teilnahme an der Konferenz zugelassen oder mindestens bei Erörterung von Fragen, die sie interessieren, angehört würden. Nach französischer Auffassung wäre das in Genf nicht nötig, weil die Vertreter dieser Mächte dort zur Stelle sind.

London, 19. Okt. „Times" sagt in einem Leitartikel, die Atempause, die durch das Steckenbleiben des gutgemeinten Konferenzplanes entstanden sei, brauche keinen Schaden zu bedeuten, wenn sie gut benutzt werde. Da die **Erörterung der deutschen Forderung** auf jeden Fall aufgeschoben werden müsse, sollten die anderen Mächte inzwischen die goldene Gelegenheit benutzen, um festzustellen, in welcher Weise sie ihre Abrüstung durchführen wollen. Es frage sich z. B., **ob Frankreich bereit sei, seine beträchtlichen Streitkräfte weiter herabzusetzen**, und wie es sich auf dem Gebiete der Seerüstungen zu England und Amerika stellen wolle. Eine andere Frage sei, ob England sich mit den Vereinigten Staaten in Uebereinstimmung befinde.

Pertinax vom „Echo de Paris" meldet dem „Daily Telegraph", daß Lord Tyrell in seiner Aussprache mit Herriot am Dienstag einen Zusammenkunftsort außerhalb der Schweiz angeregt, daß aber Herriot auf Genf bestanden habe.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" bemerkt dazu: So bleiben dem englischen Kabinett nur zwei Möglichkeiten: 1. zu versuchen, sich die Zustimmung der anderen Mächte zu Lausanne an Stelle von Genf als Zusammenkunftsort zu sichern oder 2. den Gedanken an eine Viererkonferenz aufzugeben und eine gemeinsame Erklärung Englands, Frankreichs, Italiens und der anderen Unterzeichnermächte des Versailler Vertrags abzugeben. In ihr würde zu versichern sein, daß Deutschland in Genf als gleichberechtigt behandelt worden sei und behandelt werden solle, daß die künftige Militärstärke und Ausrüstungen einschließlich der Deutschlands freiwillig und auf Grund eines allgemeinen Einvernehmens einer Abrüstungsvereinbarung einverleibt werden solle und daß die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages auf Grund eines allgemeinen Einvernehmens, aber nicht durch einseitige Maßnahmen geändert werden könnten.

*

Herriot verteidigt seine Gleichberechtigungspolitik

T.U. **Paris**, 19. Okt. Im Anschluß an eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Kammer, in der Herriot Erklärungen über die Außenpolitik abgegeben hatte, wurde eine amtliche Verlautbarung veröffentlicht, für die, wie es darin heißt, allein der Ausschuß und die Regierung die Verantwortung übernehmen:

„Ministerpräsident Herriot gab einen ausführlichen und geschichtlichen Ueberblick über die Gleichberechtigungsforderung. Er wies ferner darauf hin, daß er gegenwärtig an der Vorbereitung der Vorschläge arbeite, mit denen Frankreich beweisen wolle, soweit auf dem Wege der Abrüstung vorzugehen, wie dies mit seiner Sorge um die Sicherheit vereinbar sei, die allen Mächten durch den Artikel acht des Völkerbundspaktes versprochen sei. Er erklärte, daß der leitende Gedanke seiner Regierung immer der gewesen sei, und auch stets der bleiben werde, der die Politik des Völkerbundes verteidige. In Durchführung dieser Genfer Grundsätze und Methoden habe das augenblickliche Kabinett die Lösung der gestellten Fragen gesucht und werde sie auch weiterhin suchen."

*

Englische Kabinettssitzung zur Viermächtekonferenz

T.U. **London**, 19. Okt. Das englische Kabinett erörterte in seiner Sitzung vom Mittwoch u. a. auch die Frage der Viermächtekonferenz. Es ist noch nichts darüber veröffentlicht worden, ob eine Entscheidung getroffen worden ist. Es wurde jedoch, wie man hört, festgestellt, daß bisher deutscherseits noch kein Nachgeben im Widerstande gegen Genf bemerkbar sei, daß der französische Ministerpräsident Herriot in seiner Unterredung mit Lord Tyrrell an Genf festgehalten habe.

Man ist sich darüber klar, daß die in den letzten Tagen auf dem üblichen diplomatischen Wege geführten Verhandlungen keine neuen Ansätze für eine weitere Entwicklung gebracht haben. Es ist ferner in Regierungskreisen erwogen worden, welche Gefahren sich aus dem Nichtzustandekommen der Viermächtekonferenz ergeben könnten, und man ist anscheinend zu der Ansicht gekommen, daß diese weniger ernst zu nehmen seien, als ursprünglich angenommen wurde. Es wäre jedoch verfehlt, hieraus schließen zu wollen, daß die englische Regierung den Konferenzgedanken völlig aufgegeben hat.

Die Besprechungen zwischen London und Berlin sind somit zum Stillstand gekommen. Offensichtlich warten Londoner Kreise auf Anzeichen darüber, ob sich der Vorschlag verlohnen würde, den Rahmen der Konferenz auszudehnen, wenn dadurch eine Einigung über einen anderen Zusammenkunftsort als Genf ermöglicht würde.

Die Weltwirtschaftskonferenz findet in London statt

T.U. **London**, 19. Okt. In London wurde bestätigt, daß die Weltwirtschaftskonferenz mit großer Sicherheit in London stattfinden wird, womit alle betroffenen Mächte einverstanden seien. Der Organisationsausschuß, der den Zeitpunkt der Konferenz bestimmt, wird am 14. November in Genf zusammentreten. Mit einer amtlichen Erklärung wird demnächst gerechnet.

Die belgische Kabinettskrise

T.U. **Brüssel**, 19. Okt. Der König empfing am Mittwoch verschiedene politische Führer, mit denen er Besprechungen über die Kabinettsbildung hatte. Es ist sicher, daß der Versuch gemacht werden wird, eine Regierungskoalition der Katholiken und Liberalen zustande zu bringen, die Neuwahlen vorzubereiten hätten.

Das beste Frühstücksgetränk für Schulkinder

ist Ovomaltine. Ovomaltine ist konzentrierte Kraftnahrung aus Ei, Malz, Milch und Kakao, sehr wohlschmeckend und leicht verdaulich. Sie wird auch von den Kindern gerne genommen, die besonders morgens oft schlecht essen. Das Lernen strengt viel weniger an und die Kinder überstehen die Entwicklungsjahre glänzend, wenn sie täglich Ovomaltine bekommen.

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosen zu RM. 1.15, RM. 2.15 u. RM. 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von der Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt 72 Osthofen-Rheinh.

Alpensymphonie

Roman von Friedrich Lange.

Urheberschutz: Verlag F. Lange, Hohenstein-Er. (Sa.)

-7)

Schon die senkrechte Plattenwand beim Einstieg hatte es in sich. Als wollte der Triglav gleich von vornherein warnen: Bleibt mir vom Leibe! Ich zerschmettere jeden, der nicht ganz sicher seine Muskel beherrscht, der nicht völlig ohne Grauen, auf fingerbreiten Leisten stehend, in die Tiefe zu blicken vermag!

Mit klopfenden Pulsen und zitternden Händen suchte Toni das Glas aus dem Rucksack, nahm es an die Augen, stellte es auf Sehschärfe ein.

Wo sind sie? Wo?

Glatt geschliffene weiße Platten, wulstig wie Ringermuskeln übereinander getürmt. Da ein schmaler Kamin, kaum sichtbare Leisten, spärliche Nischen und Vertiefungen, vom Wasser, Frost und Steinschlag ausgefressen und gesprengt. Hier und da ein Band, ein Riß. Das Schlimmste aber, wie zum Hohne eingefügt und in den Weg gelegt, Ueberhänge, die von Kletterern unter Einsatz ihres ganzen Könnens bezwungen werden müssen.

Plötzlich ein Schrei aus Frauenmund.

Toni hatte Kerthoff entdeckt. Er klebte an einem ockerfarbigen Pfeilerkopf.

Toni stockte der Herzschlag. Sie wagte kaum zu atmen, als könnte der geringste Hauch den Freund da oben in die unbarmherzige, steinerne Tiefe wehen.

Und da sah sie auch seinen Gefährten, den Andreas Stadler, der nur aus Sehnen, Flechsen und Knochen zu bestehen schien; der hing eine Seillänge höher und sicherte den nachfolgenden Kameraden.

Toni hätte ihn am liebsten ans Herz gedrückt.

„Brav, brav, Andree!" lobte sie mit abgerissenen Worten. Als ortskundiger Führer mußte er wohl vorangehen, aber sich überzeugen zu dürfen, wie korrekt er das Seil sicherte, das wirkte beruhigend, selbst in dieser nackten Felswüstenei.

Die beiden da oben hatten keinen Blick für das bangende Menschlein im Tal. Sie standen in hartem Ringen mit dem Triglav, der sie seine ganze Tücke spüren ließ.

„Saugnäpfe müßte man an Händen und Füßen haben!" stöhnte Kerthoff bei einem kritischen Quergang.

Es war absolut unmöglich, sich von hier oben aus in die Reize der Umgebung zu vertiefen. Jeder Blick, jeder Tritt galt der eigenen Sicherheit oder der des Kameraden. Einer war für den anderen verantwortlich. Immer mußte mit der Möglichkeit eines Sturzes gerechnet, alle Aufmerksamkeit für den entscheidenden Augenblick aufgewandt werden. Bei diesen Zweiertouren in schwerem Fels lag die Verantwortung fast gleichmäßig auf beiden Teilnehmern. Es war da nichts gemacht mit dem billigen Trost: Der Führer wird's schon schaffen! Wenn von ihm auch die beste Kenntnis des zu nehmenden Weges erwartet werden durfte, so mußte er doch vom Begleiter ebenfalls denkbar gut gesichert werden.

„Großer Gott, laß die beiden Tollkühnen gesund ihr Ziel erreichen!" flehte Toni mit inbrünstig gestammelten Worten.

Wenn je ein Gebet erhört worden war, dann mußte es das ihre sein. Sie brachte ein Höchstmaß von Konzentration auf und legte ihr ganzes junges Herz hinein. Aber mehr noch, als die gesprochenen Worte wirkten die gedachten. Das Glas an den entsetzten und doch so hungrigen Augen, stand Toni in ununterbrochenem Kontakt mit denen da oben und mit dem, der über allem ist.

Jetzt turnten sie am linken Rande der großen Schlucht weiter, aber der Harrenden ging es viel zu langsam. Sie wußte zwar aus eigener Erfahrung, daß Geduld eine der vornehmsten Tugenden des Kletterers ist, doch in diesen Augenblicken äußerster Spannung verlor sie jedes Maß und Ziel in der Beurteilung dieser hervorragenden Bergsteigerleistung.

Der Hunger quälte sie, die Sonne rückte in den Zenit — und keine Zeit zum Essen!

„Ich muß auf dem Posten sein . . ." flüsterten ihre blutleeren Lippen. In ihren überanstrengten Augen flackerte das Entsetzen.

Wenn sich jetzt da oben eine Katastrophe ereignet hätte — das Mädel hier unten wäre eher gestorben, als die vom Fels Verschlungenen.

Zweimal schöpften die Tollkühnen Atem, senkrecht übereinander, stehend, nur durch wenige Meter rauhen Fels voneinander getrennt, an den sie sich mittels Mauerhaken, Karabiner und Seil gefesselt hatten. Sie aßen etwas von dem mitgenommenen Proviant, sammelten neue Kraft für das letzte Drittel dieser halsbrecherischen Tour. Gesprochen wurde fast nichts.

Toni hatte während dieser Pausen ihren Standpunkt verlassen. war höher gestiegen, um besser beobachten zu können. Mit ihr war eine Veränderung vor sich gegangen. Die jagende Angst wich einer stillen, unerschütterlichen Zuversicht: Sie werden's schaffen!

Wenn die da oben scheinbar leichter und schneller vorankamen, setzte sie sich auf einen Stein oder eine Grasnarbe, um regelmäßig wieder hochzuschnellen, wenn das Vorwärtsdringen der Kletterer mit Schwierigkeiten verbunden schien, wenn Steine oder meterlange Eiszapfen klirrend und polternd durch die Wand sausten.

Jetzt urteilte Toni auch milder über Wert und Unwert der Kletterei. Was sie gestern auch gegen diese Herausforderung des Schicksals angeführt hatte in Wort und Gedanke, soviel wußte sie heute: Diese ungeheure Mauer erforderte und weckte die besten Eigenschaften eines wagemutigen Mannes! Bergungewohnte Menschen der Tiefe mögen es Unsinn, mögen es Narrheit nennen, sie urteilen aus ihrer begrenzten Perspektive. Es unterliegt dem freien Entschluß eines jeden, da hinaufzuklettern oder nicht. Keiner wird gezwungen. Und von Familienvätern wird es am wenigsten verlangt, daß sie ihr Leben für „so etwas" einsetzen. Aber die junge, unverbrauchte Generation weiß, wie stählend eine solche Tour in schwerem Fels wirkt und mehr noch: Welche ungeahnten Schönheiten den Schwierigkeiten gegenüberstehen. Berühmte Felsgeher wissen, welche Persönlichkeitswerte da oben in aller Stille ausgebildet werden. Ist dies nicht allein schon den Einsatz wert? Und wer gar schon einmal in zuverlässigem Sichern einem stürzenden Kameraden das Leben retten durfte, der wird sich durch keinerlei Miesmacherei von seinen geliebten Hochtouren abhalten lassen, sondern in diesen Partien einen unerschöpflichen Jungbrunnen sehen.

Seillängen rollten ab, näher und näher kamen die Gipfelstürmer dem erstrebten Ziel. In dieser Höhe, den Sieg vor Augen, verlor die Wand die anfangs auf Sinne und Seele drückende Last. Freier und kühner schweifte das Auge, und die merkbare Erschöpfung der Glieder, Sehnen und Muskel wurde ausgeglichen durch neuen Mut.

Kerkhoff hielt zur vollsten Zufriedenheit seines Führers tapfer durch. Hier oben fielen alle häßlichen Gedanken und Erinnerungen der Tiefe von ihm ab. Vergessen war Ursula Josephy, zurückgewichen in weites Nebelland die anschmiegsame, liebebedürftige Toni Geislinger.

Hier gab es nur eine harte Zwiesprache mit dem nackten, von Steinschlag und Lawinen poliertem Fels. Und der duldete keine anderen Götter neben sich!

Einmal glitt der Gefährte von einem durch Neuschnee unsicheren Bande ab. Kerkhoff war auf dem Posten. Seil und Karabiner verhüteten ein Unglück.

Mit verdoppelter Vorsicht tastete man sich weiter. Das Wetter war ihnen günstig. Stahlblauer Himmel über den Karawanken. In den Tälern violette Dünste.

Weiter, weiter!

Was tat es, daß die leicht zitternden Hände mit blutigen Schrammen bedeckt waren? Morgen würde es Schwierigkeiten bereiten, seinen Namen zu schreiben, weiter nichts. Die Kletterschuhe lösten sich in Fetzen auf; der geringste Kummer, sie konnten durch neue ersetzt werden.

Nur weiter auf endlosem, furchtbar ausgesetztem Grate!

Schnee erschwerte das Vorwärtskommen, Eiswasser gab den Felsen eine glitschige Außenhaut.

Die letzten hundert Meter verlangten gebieterisch die Alarmierung der äußersten Kraftreserve, stellten unerhörte Anforderungen an die Nerven und seelische Spannkraft.

Ein gleichmäßig starker Höhenwind drohte die beiden winzigen Vertreter des Menschengeschlechts über den Grat hinabzuwehen.

Weiter mit zusammengebissenen Zähnen! Die Nordwand mußte fallen!

(Fortsetzung folgt.)